

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

Wortprotokoll

über die

23. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 22. Juni 2023

(16:00 Uhr bis 00:11 Uhr)

9.	Vergabe von städtischen Flächen in Erbpacht nach einem Konzeptverfahren	80
	Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 11.05.2023, NR 660	
	<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 13.06.2023, NR 683	
	Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:.....	80
	Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	81
	Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	82
	Stadtverordnete Anna Nguyen, AfD:.....	82
	Stadtverordneter Simon Witsch, SPD:.....	83
	Stadtverordneter Frank Nagel, CDU:.....	86
	Stadtverordneter Johannes Lauterwald, GRÜNE:.....	86
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	88
10.	Mainova muss aus dem Lobbyverband "Zukunft Gas" austreten.....	90
	Antrag der LINKE. vom 22.05.2023, NR 665	
	Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:.....	90
	Stadtverordneter Thomas Schlimme, GRÜNE:	92
	Stadtverordnete Dr. Veronica Fabricius, CDU:.....	94
	Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	95
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	96
	Stadtverordneter Peter Paul Thoma, FDP:.....	97
11.	Schiedsrichter schützen - Platzverbote vereinfachen	98
	Antrag der CDU vom 17.05.2023, NR 672	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 14.06.2023, NR 687	
	<u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 07.06.2023, NR 688	
	Stadtverordnete Britta Wollkopf, Volt:.....	98
	Stadtverordnete Carolin Friedrich, CDU:.....	100
	Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	101
	Stadtverordneter Andreas Lobenstein, AfD:	102
	Stadtverordnete Natascha Kauder, GRÜNE:.....	103
	Stadtverordneter Peter Paul Thoma, FDP:.....	104
	Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	105
12.	Stadtverordnetenversammlung: Aufzeichnung für alle	105
	Antrag der Gartenpartei vom 15.04.2023, NR 645	
	Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	105

Die Forderung, dass städtische Beteiligungsgesellschaften und Stiftungen ähnlich wie die Stadt verfahren, erfüllen wir im Rahmen dessen, was möglich ist. Wenn Gesellschaften nicht als Anstalt des öffentlichen Rechts organisiert sind, haben wir keinen so direkten Einfluss, wie ihr euch das vorstellt. An Stiftungen ist schon einmal gar nicht zu denken, aber wir werden uns, wie gesagt, dafür einsetzen, dass bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und bei Stiftungen ähnlich verfahren wird wie bei der Stadt.

Schlussendlich wird in dieser Diskussion viel vermengt und grundsätzlich Kritik angebracht. Besonders paradox ist es, wenn die Vergabe des Erbbaurechts an eine junge Familie als Spekulation bezeichnet wird - so geschehen im Planungsausschuss. Wir sehen das grundlegend anders und beweisen unsere Flexibilität auch mit der vereinfachten Konzeptvergabe bei Einzelwohnungen sowie bei Häusern mit bis zu drei Wohneinheiten. Vielleicht noch einmal drei Punkte, um es klarzustellen: Erstens, eine Privatisierung erfolgt nicht. Das Grundprinzip ist, dass Eigentum in städtischer Hand bleibt. Zweitens - Eyup, da muss ich dich korrigieren, und vielleicht meinte Simon das auch, als er quasi gesagt hat, du hast den Antrag nicht richtig gelesen -, die Kriterien, die wir so detailliert aufgezählt haben, zählen ausschließlich für den Gewerbebereich. Drittens, ich stelle immer wieder fest, die Debatte wird dann aufgemacht, nicht von euch, aber hier von der rechten Seite des Hauses, wenn man etwas verhindern will. Es ist schon so, man warnt dann immer vor zu hohen Mieten, das hat Spaltungspotenzial bezüglich sozialer Gerechtigkeit und dieses Argument wird immer dann angewendet, wenn man quasi etwas verhindern will. Beim Klimathema zählt das genauso wie hier bei diesem Antrag.

Wir handeln im Interesse der Bürger:innen. Schlussendlich ist die Konzeptvergabe zum Beispiel für zukunftsweisende kleinteilige Entwicklung, wie etwa im Gutleutviertel, auf dem Gelände der Hafengebäude, hilfreich und gehört nicht zu den preistreibenden Faktoren, ganz im Gegenteil. Der heutige Beschluss dient zur Vorbereitung der Reduzierung des Erbbauzinses auf 1,5 Prozent - oder weniger - für soziale, ökologische und gemeinwohlorientierte Projekte, über die wir in der kommenden Runde beraten werden. ein ent-

sprechender Antrag befindet sich auch schon im Geschäftsgang. Damit werden wir die Rahmenbedingungen und Anreize für bezahlbaren Wohnraum wesentlich verbessern. Eine lange und zu Recht hochgehaltene Forderung des Netzwerkes für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen und ein wichtiger Punkt aus unserem Koalitionsvertrag wird damit umgesetzt.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Die vorerst letzte Wortmeldung kommt von Herrn Zieran, ÖkoLinX-ELF. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Wollt ihr als Immobilienvertreter hier reden?

(Zurufe)

Ich lasse der FDP dann gerne den Vortritt. Reden wir aber doch mal über das, was in dieser Stadt stattfindet. Viel Wortgeklingel, aber in Wirklichkeit ist dieser Antrag doch nichts anderes, als dass eine Fassade aufgebaut wird, wir kämen vorwärts, wir setzen uns ab. Wenn ich mir dann die einzelnen Punkte angucke: „Städtische Grundstücke [...] werden grundsätzlich im Konzeptverfahren [...] vergeben.“ Grundsätzlich, dieses Wort kommt überall vor oder zumindest wird darauf hingearbeitet im Sinne des Antrags. Dann noch solche Formulierungen wie „ökonomische Kriterien“, „Schaffung eines Mehrwerts für den Wirtschaftsstandort“. Klasse! Nur ist der Mehrwert ...

(Beifall, Zurufe)

Ihr seid süße Kapitalvertreter, okay.

(Beifall, Heiterkeit)

Ihr seid aber nicht sehr wirkungsvoll. Solange ihr in dieser Koalition seid, kann man davon ausgehen, dass auch nichts passieren wird

für Bürger und Natur in dieser Stadt. Genau das Gegenteil von dem, was die SPD hier ausgesagt hat, ist richtig, wir müssten schneller werden. Ich sage, bleibt so langsam, bleibt bloß so langsam, ihr zerstört sonst viel zu viel in dieser Stadt. Diese ganzen Beteuerungen, ich kann es nicht mehr hören, jedes Jahr mindestens zehnmal: „Wir wollen den sozialen Wohnungsbau vorwärtsbringen.“ Was habt ihr denn gebracht? Nichts, nichts! Praktisch eine Null beim sozialen Wohnungsbau und wir haben die über 40.000 Wohnungen, die seit 1990 zerstört worden sind. Das kümmert aber hier niemanden. Die Hauptsache ist, das Wortgeklingel kommt in der Presse an, das Wortgeklingel kommt bei den Wählern an. In Wirklichkeit kümmert euch das doch gar nicht, wenn die Armen, wenn die Mittelschicht zum Teil aus Frankfurt vertrieben werden. Ihr macht eure Politik.

Die LINKEN. bemühen sich immer noch mit Beispielen, das werde verkauft oder dies werde verkauft, es gibt lange Listen. Mit der FDP braucht man eigentlich gar nicht darüber zu reden, gar nicht zu debattieren, da ist keine Empathie für diese Menschen da. Bei den anderen Fraktionen wird zwar viel Empfinden hier reingebracht, aber tatsächlich, in der Praxis, geschieht eben nichts. Man muss sich entscheiden, für wen man etwas macht. Man kann hier nicht sagen, wir wollen ein gutes Investitionsklima und wir wollen für die Bürger mehr Wohnungen schaffen. Das schließt sich aus. Investitionen und Förderungen. Private Unternehmen, die Wohnungen bauen sollen, werden keine Sozialwohnungen bauen, die bauen Wohnungen für die, die schon genügend haben. Die bauen für Reiche Wohnungen, die bauen für Wohlhabende Wohnungen, die nehmen uns den Bauplatz für den Sozialwohnungsbau weg. Das ist das größte Verbrechen, was mit dieser Politik geschieht.

(Beifall)

Deswegen brauchen wir die nicht und wir brauchen diese Investitionsförderung nicht. Wir sollten lieber kommunale Kredite aufnehmen und wir sollten Genossenschaften bilden, die der Stadt gehören und die sollen bauen. Es lohnt sich doch sowieso nicht mehr laut der FDP. Die Zinsen sind doch viel zu hoch. Bauen lohnt sich nicht mehr. Das ist doch gut, dann weg mit den privaten Unter-

nehmen, die Stadt macht es selber und wir machen wirklich sozial.

(Zurufe)

Wenn wir - und das ist doch der entscheidende Punkt - die Spekulation in Frankfurt nicht in den Griff kriegen, ändert sich sozial gar nichts. Mit einer Baupolitik, die den Hochhausplan immer weiter ausweitet, werden wir das nicht in den Griff kriegen, weil der Aufwertungsdruck zu hoch ist. Ist der Aufwertungsdruck zu hoch, hat die Stadt nicht genügend Geld oder will es für den sozialen Wohnungsbau nicht haben. Da können hier noch so schöne Reden von Simon oder von anderen gehalten werden, in der Realität ändert sich nichts. Dieses schöne Erbbau-recht ist dann auch nur eine Krücke, um eine Situation, die schlecht ist, etwas weniger schlecht zu machen, aber wir lösen die Probleme nicht.

Was wir wirklich bräuchten, ist die, und da hat die SPD Anfang der Achtzigerjahre die klare Linie ausgegeben, von der sie heute nichts mehr weiß, Kommunalisierung von Grund und Boden, wie es auch hier an der Universität diskutiert wurde. Das ist die einzige Möglichkeit, um die Spekulation in den Griff zu kriegen. Das heißt, nicht die Gebäude, keine Angst, es geht nur um den Grund und Boden. Den aber muss man kommunalisieren, in welcher Form auch immer. Man muss nicht verstaatlichen, aber man muss irgendeine Vergesellschaftungsform finden, die das stoppt.

(Zurufe)

Wenn die Spekulation nicht gestoppt wird, dann solltet ihr an der Universität noch einmal neu studieren, Volkswirtschaftslehre, die fortschrittlich ist, und solange das nicht passiert, seid ihr zum Scheitern verurteilt. Das ist schlimm für die Menschen, die Wohnungen brauchen, das ist schlimm für die Menschen, die wenig Geld haben. Man kann viel an der LINKEN. kritisieren, aber dieser Antrag ist doch glasklar: Die Stadt Frankfurt verkauft keinen städtischen Grund und Boden. Punkt! Schluss! Das ist ein wichtiger Grundsatz.

(Beifall)

Wenn ihr so eine klare Regel hättet, dann könnte man euch überhaupt ernst nehmen. Das ist wenigstens der Versuch, mit Worten Klarheit zu schaffen. Ihr habt eine Realität, die schlecht ist, dann habt ihr ein Wortgeklingel und ihr seid euch noch nicht einmal sicher, ob ihr das wirklich machen wollt. Dann kommen die Öffnungsklauseln: „Grundsätzlich hier, wir versuchen das hinzukriegen, dass die das und das machen, wir versuchen dies hinzukriegen.“ In Wirklichkeit hat man doch aufgegeben und die Politik des alten Planungsdezernenten - er war doch auch in diesem AStA -, er hat doch den Sozialwohnungsbau nicht in den Griff bekommen, nicht weil er das nicht kann, sondern weil die objektiven Bedingungen so sind und sich keiner rantraut, diese objektiven Bedingungen des Bauens zu ändern. Ihr wollt alles so lassen, wie es ist und auf den Gebäuden kommt ihr jetzt mit neuem Wortgeklingel - „Konzeptverfahren“ und was weiß ich alles. Und das soll die Lösung, das soll die Heiligsprechung eures Bauens bringen.

Ich sage euch, wir sitzen hier nächstes Jahr, übernächstes Jahr und noch überübernächstes Jahr und ihr seid keinen Schritt weitergekommen.

(Zurufe)

Ihr müsst wirklich die Macht des privaten Immobilienkapitals brechen und ihr müsst den Grund und Boden in die Hand der Stadt zurücknehmen. Wenn ihr das nicht ohne Wenn und Aber tut, seid ihr zum Scheitern verdammt.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache und lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung zu dem Tagesordnungspunkt 9. abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist. Wer dem Ausschussbericht zustimmt, sodass für jeden die Stimmabgabe der jeweiligen Frakti-

on im Ausschuss und für die fraktionslosen Stadtverordneten deren schriftlich vorliegendes Votum gilt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Wer stimmt dagegen? (Geschieht) Wer enthält sich? (Geschieht) Ich stelle fest, dass der Ausschussbericht angenommen wurde. Somit wird der Vorlage NR 660 in der vorgelegten Fassung zugestimmt. Die Vorlage NR 683 wird im Rahmen der Vorlage NR 660 abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 10.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10., Lobbyverband Zukunft Gas, auf. Wir behandeln die Vorlage NR 665 der LINKEN.-Fraktion. Die LINKE.-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ausschüsse für Wirtschaft, Recht und Frauen sowie für Klima- und Umweltschutz empfehlen, die Vorlage NR 665 um eine Runde zurückzustellen, dennoch soll die Vorlage heute zur Aussprache kommen. Das Wort hat Frau Dr. Daniela Mehler-Würzbach von den LINKEN. Bitte!

**Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-
Würzbach, LINKE.:**

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
werte Kolleg:innen!

Die Jahre, in denen wir politisch entscheiden, sind die entscheidenden für den Umgang mit der Klimakatastrophe. Die Mainova, der führende Energiedienstleister in Frankfurt, ist Mitglied bei Zukunft Gas, dem zentralen Lobbyverband der Gasindustrie. Gründungsziel von Zukunft Gas war das Produktmarketing für Erdgas. Erdgas soll klimafreundlicher Energieträger und notwendige Brückentechnologie sein. Im Lobbyverband Zukunft Gas sind neben vielen kleinen Stadtwerken auch große Gaskonzerne wie Uniper oder Shell organisiert. Mit ihrer Mitgliedschaft machen sich auch Stadtwerke und kommunale Unternehmen die fossilen Lobbyinteressen großer